A10 Gemeinsam lernen, individuell wachsen - Recht auf inklusive Bildung umsetzen

Gremium:	LAG Soziales, Gesundheit & Arbeitsmarkt und LAG Bildung, Kultur & Wissenschaft
Beschlussdatum:	24.04.2025
Tagesordnungspunkt:	6 Anträge

Antragstext

1 Die Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt muss grundlegend umgestaltet werden.
2 Gute Bildung ist eine zentrale Frage der Chancengleichheit entscheidet über
3 gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen. Bildung verändert Leben - umso
4 wichtiger, dass sie allen Menschen zur Verfügung steht. Ausnahmslos alle Kinder
5 und Jugendlichen müssen die gleichen Chancen auf gute Bildung in einer möglichst
6 inklusiven Umgebung bekommen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.
7 „Inklusiv“ bedeutet für uns gemeinsam und zugleich individuell; in Bezug auf
8 Bildung das gemeinsame und zugleich individuelle Lernen. Im Fokus stehen dabei
9 die individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung der Schüler*innen, der
10 allen Schüler*innen gleichermaßen zugutekommt. Denn alle Schüler*innen lernen am
11 besten, wenn sie sich wohlfühlen, sie in ihrer Vielfalt als Person anerkannt
12 werden und sie die Unterstützung erhalten, die ihre individuellen Bedürfnisse
13 berücksichtigt. Ob dies in heterogenen oder homogenen, großen oder kleinen
14 Lerngruppen oder teilweise im Einzelsetting stattfindet, ist in der konkreten
15 Umsetzung Aufgabe von Schulen und pädagogischen Fachkräften. Politik schafft die
16 Rahmenbedingungen dafür.

17 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stellt inklusive Bildung die Grundlage
18 für eine Gesellschaft dar, in der alle Menschen mit ihren Fähigkeiten, Stärken
19 und Schwächen akzeptiert werden und dazugehören. Aus unserer Sicht muss ein
20 inklusives Bildungssystem ganzheitlich von der Kita bis zum Berufsleben
21 betrachtet werden. Die Voraussetzungen dafür werden im Folgenden dargelegt:

22 Personal an KiTas

23 Die Förderung von Inklusion ist nicht nur Aufgabe der KiTa-Leitung, sie ist
24 Aufgabe aller, die in KiTas tätig sind. Eine inklusive Haltung entwickelt sich
25 durch Erfahrungen und Wissen – zu beidem müssen in KiTas Tätige verpflichtet
26 werden, um inklusive Konzepte entwickeln und umsetzen zu können. Inklusion ist
27 zudem das Ergebnis qualitativ hochwertiger Teamarbeit, wofür diese Maßnahmen zu
28 ergreifen sind:

- 29 • deutliche Verbesserung des Personalschlüssels,
- 30 • möglichst tarifgebundene, bessere Bezahlung von pädagogischen Fachkräften,
- 31 • Überarbeitung der Ausbildungsstruktur und -inhalte für Erzieher*innen mit
32 stärkerer Berücksichtigung von Antidiskriminierung, Inklusion, Deutscher
33 Gebärdensprache (DGS), Leichter Sprache, der Nutzung technischer
34 Hilfsmittel und Traumapädagogik, Punktchrift und Ähnlichem,
- 35 • Schaffung der bedarfsgerechten Möglichkeiten für die berufsbegleitende
36 Qualifikation im Bereich der Inklusionspädagogik in allen Förderbereichen
37 sowie in Antidiskriminierung, Deutscher Gebärdensprache (DGS), Leichter

38 Sprache, der Nutzung technischer Hilfsmittel, Punkschrift und
39 Traumapädagogik,

- 40 • Einsatz multiprofessioneller Teams in wohnortnahen inklusiven KiTas, d. h.
41 Erzieher*innen, Kindheitspädagog*innen, Heilpädagog*innen, KiTa-
42 Sozialarbeiter*innen, Logopäd*innen, Ergotherapeut*innen,
43 Physiotherapeut*innen, Kommunikationspädagog*innen,
44 Inklusionsbegleiter*innen, Medienpädagog*innen und weitere pädagogische
45 Fachkräfte, die gleichberechtigt und gemeinsam am Bildungsprozess der
46 Heranwachsenden mitwirken,
- 47 • verstärkte Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Frühen Hilfen und
48 Frühförderung,
- 49 • Einstellung von IT- und Verwaltungsassistenten, sodass sich pädagogische
50 Fachkräfte auf die pädagogische Arbeit am Kind konzentrieren können.

51 Für den Einsatz multiprofessioneller Teams muss es KiTas aufgrund des
52 Fachkräftemangels ergänzend möglich gemacht werden, (Dual) Studierende aus den
53 Bereichen Heilpädagogik, Kindheitspädagogik und Soziale Arbeit sowie Erziehungs-
54 und Bildungswissenschaften zu beschäftigen und auszubilden. Davon profitieren
55 beide Seiten.

56 Personal an Schulen

57 Hier gelten die gleichen Forderungen wie für das Personal in KiTas. Diese
58 Forderungen werden erweitert um:

- 59 • Sicherstellung der Unterrichtsversorgung durch eine 110-prozentige
60 Personalausstattung als Vertretungsreserve,
- 61 • Beschleunigung der Einstellungsverfahren für Lehrkräfte und weitere
62 inklusionspädagogische Professionalisierung der Qualifizierung von
63 Seiteneinsteiger*innen,
- 64 • Ausweitung des Dualen Lehramtsstudiums auf alle Schulformen und -fächer
65 sowie auf beide Lehramtsausbildungsstätten des Landes,
- 66 • Möglichkeit zum Studium der Sonderpädagogik statt eines zweiten Fachs
67 zusätzlich zu einer jährlich ansteigende Quotenregelung bzgl.
68 Fortbildungen zu Förderschwerpunkten an Schulen,
- 69 • Einsatz multiprofessioneller Teams, d. h. Lehrer*innen mit und ohne
70 inklusionspädagogischer Qualifikation, Schulsozialarbeiter*innen,
71 Heilpädagog*innen, Schulpsycholog*innen, Logopäd*innen,
72 Ergotherapeut*innen, Physiotherapeut*innen, Kommunikationspädagog*innen,
73 Schulbegleiter*innen, Medienpädagog*innen, und weitere pädagogische
74 Fachkräfte, die gleichberechtigt und gemeinsam am Bildungsprozess der
75 Schüler*innen mitwirken,
- 76 • personelle Ausstattung, die eine individuelle Förderung tatsächlich
77 ermöglicht und deren Auskommen durch einen wissenschaftlichen
78 Begleitprozess jährlich evaluiert wird.

79 Assistenzkräfte

80 Inklusionsbegleiter*innen in KiTas und Schulbegleiter*innen in Schulen stellen
81 für einige Kinder und Jugendliche eine Voraussetzung dar, um überhaupt eine KiTa
82 bzw. Schule besuchen zu können. Der Bedarf an diesen Kräften wächst, der
83 Fachkräftemarkt jedoch ist leer. Um Kindern und Jugendlichen dennoch eine
84 qualifizierte Assistenz zu ermöglichen, sind diese Maßnahmen umzusetzen:

- 85 • Qualifizierung aller Assistenzkräfte, denn ohne Fachwissen ist eine
86 tatsächliche und qualitativ hochwertige Unterstützung nicht möglich,
- 87 • gerechte, qualifikationsabhängige Entlohnung von Assistenzkräften,
- 88 • Anstellung von Assistenzkräften direkt beim Land, um Arbeitslosigkeit der
89 Assistenzkräfte vorzubeugen und damit den Beruf attraktiver zu machen,
- 90 • Möglichkeit zur Beteiligung an der Schulbegleitung durch
91 Lehramtsstudierende sowie Studierende der Heil-, Sozial- oder
92 Kindheitspädagogik sowie der Erziehungs- und Bildungswissenschaften im
93 späteren Verlauf des (Dualen) Studiums.

94 Bauliche Grundlagen für Inklusion in Schulen und KiTas

95 Damit alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können, müssen zahlreiche
96 KiTas und Schulen in Sachsen-Anhalt saniert und baulich angepasst werden. Auch
97 wenn eine hundertprozentige Barrierefreiheit für alle nicht möglich ist, sollte
98 durch folgende Maßnahmen eine größtmögliche Barrierearmut entstehen:

- 99 • Anpassung von räumlichen Gegebenheiten zur Optimierung der Raumakustik,
- 100 • Überarbeitung von Beleuchtungssystemen, um Überreizung zu vermeiden,
- 101 • möglichst strukturierte Gestaltung der schulischen Umgebung, die neben der
102 Konzentration auch Achtsamkeit und Wohlbefinden fördert
- 103 • barrierearme Zugänge und Aufzüge sowie breite Türen,
- 104 • Berücksichtigung einer inklusionsfördernden Ausstattung von Schulen, z. B.
105 Ruhe- und Therapieräume, Pflegebäder, teilbare Klassenräume.

106 Bei Neubauten müssen die genannten Maßnahmen ohne Ausnahme umgesetzt werden. Die
107 Kommunen können diese umfangreichen Sanierungsbedarfe nicht allein schultern,
108 weshalb wir ein „Landesbauprogramm Inklusive Bildung“ fordern, das eine
109 Anteilsfinanzierung von bis zu 50 % durch das Land ermöglichen soll.

110 KiTas und Schulen als attraktiver Lern- und Lebensort

111 KiTas und Schulen sind für Heranwachsende dann attraktiv, wenn sie dort die
112 gesamte Welt erfahren können, sich wohlfühlen, als Heranwachsende in ihrem Sein
113 anerkannt werden und beim Lernen bedürfnis- und entwicklungsgerecht begleitet
114 werden. Dazu gehört auch, dass die entsprechenden Bildungseinrichtungen für alle
115 wohnortnah erreicht werden können. Dafür sind ggf. Kooperationsverbände zu

116 schaffen. Zudem muss es allen Schüler*innen ermöglicht werden, ein
117 Nachmittagsangebot wie einen Hort zu nutzen. Zu dem dadurch entstehenden
118 Ganztagsangebot gehört auch eine Versorgung mit gesunden Getränken und ein
119 Mittagessenangebot, welches allen Schüler*innen bereitgestellt werden muss.

120 Die Digitalisierung gibt Heranwachsenden in Bildungseinrichtungen neue
121 Teilhabemöglichkeiten für individualisiertes und partizipatives Lernen. Die
122 Anschaffung entsprechender Geräte sowie medizinisch-technischer Hilfsmittel
123 durch den jeweiligen Träger muss vereinfacht bzw. ermöglicht werden.

124 Allen Kindern muss es im Rahmen der Sprachförderung ermöglicht werden, bereits
125 in der KiTa lautsprachunterstützenden Gebärden zu erlernen. In den Schulen
126 wollen wir den bereits existierenden Lehrplan Deutsche Gebärdensprache (DGS) aus
127 dem Förderschwerpunkt Hören allen Schulen zuordnen und von der Jahrgangsstufe 1
128 bis 10 umsetzen. Außerdem fordern wir die Entwicklung eines Lehrplans DGS für
129 die Sekundarstufe II, um Deutsche Gebärdensprache auch als mögliches Abiturfach
130 zu etablieren. Während einer Übergangshase der Lehrplanerstellung sollen Schulen
131 durch Fortbildungsangebote und begleitende Maßnahmen unterstützt werden, um eine
132 erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten.

133 Insbesondere Schulen muss es ermöglicht werden, didaktische Konzepte jenseits
134 des Frontalunterrichts zu nutzen. Die Voraussetzungen dafür wollen wir im
135 Schulgesetz schaffen.

136 Wir wollen Bildungseinrichtungen zu traumasensiblen und diskriminierungsfreien
137 Räumen weiterentwickeln. Auch die Umsetzung traumapädagogischer Prinzipien kommt
138 sowohl betroffenen als auch nicht-betroffenen Heranwachsenden zugute. Unser Ziel
139 ist es, eine dafür sensibilisierte pädagogische Umgebung zu gestalten, sodass
140 alle Heranwachsenden Talente entwickeln sowie emotionale, soziale Kompetenzen
141 und persönliche Ressourcen kennen und nutzen lernen. Dafür werden wir ein
142 präventives, mehrsprachiges traumapädagogisches Gruppenangebot für
143 Heranwachsende, Eltern und (Sozial-)Pädagog*innen an KiTas und Schulen
144 ermöglichen, in welchem die Heranwachsenden Akzeptanz und Empathie erleben.
145 Dabei sollen neben den Unterstützungssystem der KiTas und Schulen auch die
146 Eingliederungshilfe der Kreise und Frühe Hilfen konzeptionell eingebunden
147 werden.

148 Berufsbildende Schulen

149 Auch an den berufsbildenden Schulen gibt es Schüler*innen
150 inklusionspädagogischem Förderbedarf. Er wird sogar zunehmen, sobald mehr
151 Schüler*innen die Berufsreife erlangen. Eine entsprechende Personalausstattung
152 für die Förderung ist aktuell weder vorhanden noch für die Zukunft in Aussicht
153 gestellt worden. Daher fordern wir, dass für berufsbildende Schulen Maßnahmen
154 wie jene gelten, die für allgemeinbildende Schulen bereits genannt wurden. Damit
155 der Übergang in praktische Phasen der Ausbildung sowie in das Berufsleben
156 gelingt, müssen inklusionspädagogische Beratungszentren auch Ausbildungs- und
157 Praktikumsbetriebe beraten, um auch dort Inklusion zu ermöglichen.

158 Begleitung der Umsetzung inklusiver Bildung

159 Um Bildungseinrichtungen auf dem Weg zur Inklusion zu unterstützen und Eltern zu
160 beraten, sollten in jedem Landkreis und den kreisfreien Städten

161 inklusionspädagogische Beratungszentren geschaffen werden. Diese sollten zudem
162 in Kooperation mit den Schulen Unterstützung im Bereich der Diagnostik bieten
163 können. Damit können landesweit einheitliche diagnostische Standards und
164 verbindliche Verfahrensregeln etabliert werden.

165 Zur Begleitung der Umsetzung inklusiver Bildung in Sachsen-Anhalt wollen wir
166 einen Beirat „Inklusive Bildung in Sachsen-Anhalt“ unter Beteiligung Betroffener
167 einrichten sowie einen wissenschaftlichen Begleitprozess etablieren.

168 Auch die Gesetzesnovelle des Bundes zum SGB VIII wollen wir nutzen, um Inklusion
169 als Leitgedanken zu verankern. Die Kinder- und Jugendhilfe soll ergänzend zu
170 Bildungseinrichtungen alle Kinder und Jugendlichen im Sinne einer inklusiven
171 Lösung gleichermaßen einschließen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen.

172 Das Recht auf inklusive Bildung im Schulgesetz Sachsen- 173 Anhalts

174 Das Schulgesetz Sachsen-Anhalt muss dringend geändert werden, damit inklusiver
175 Unterricht eine entsprechende gesetzliche Grundlage in Sachsen-Anhalt bekommt.
176 Dafür muss der Vorrang von gemeinsamem Unterricht gesetzlich verankert werden.
177 Wir wollen ein echtes Elternwahlrecht. Bisher scheitert Inklusion in der
178 Schulbildung häufig daran, dass den Eltern aufgrund von fehlenden Ressourcen an
179 Schulen von dem Besuch einer Regelschule abgeraten wird. Der bisherige im Gesetz
180 verankerte Ressourcenvorbehalt muss deswegen gestrichen werden, damit Eltern ein
181 echtes Wahlrecht haben, welche Schule ihr Kind mit sonderpädagogischen
182 Förderbedarf besuchen kann.

183 Sonderpädagogisches Feststellungsverfahren überprüfen

184 In den letzten Jahren ist die Anzahl der Kinder, die an Förderschulen
185 unterrichtet werden, stark angestiegen. Dies trifft insbesondere auf die
186 Förderschwerpunkte Lernen und Geistige Entwicklung zu. Vor diesem Hintergrund
187 ist das sonderpädagogische Feststellungsverfahren und die Maßstäbe, die die
188 Grundlage für Eltern darstellen, an welche Schulform sie ihre Kinder schicken
189 werden, zu evaluieren und bei festgestellten Mängeln zu überarbeiten.

190 Realistische Zukunft der Förderschulen

191 Das vorrangige, langfristige Ziel einer inklusiven Bildungspolitik muss sein,
192 dass möglichst viele Schüler*innen gemeinsam an Regelschulen beschult werden.
193 Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass möglichst viele Förderschulen in
194 Regelschulen aufgehen. Mit den oben genannten Maßnahmen wollen wir die
195 Voraussetzungen schaffen, um dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere die
196 Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen wollen wir schließen. In vielen
197 Bundesländern hat man erkannt, dass diese Form der Sonderschulung ein falscher
198 Weg ist und wir wollen dem Beispiel folgen.

199 Wir sprechen uns dagegen aus, dass Kinder regelhaft direkt in die Förderschule
200 eingeschult werden können. Das widerspricht jedem Ansatz von Inklusion bzw.
201 inklusiver Bildung.

202 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es auch mit der Umsetzung der genannten
203 Maßnahmen Kinder und Jugendliche geben wird, für die aufgrund von Schwerst- oder
204 Mehrfachbehinderungen kein inklusiver Unterricht möglich ist. Auch diesen
205 Heranwachsenden müssen wir Chancen auf Bildung geben. Dafür sollen statt der
206 bisherigen hohen Anzahl an Förderschulen weniger, aber im gesamten Land
207 verteilt Förderschulzentren entstehen – bis zu dem Zeitpunkt, an dem oben
208 genannte Maßnahmen flächendeckend umgesetzt sind. Die Förderschulzentren sollen
209 anhand eines dual-inklusive Konzeptes arbeiten, welches Kindern die
210 Bildungsteilhabe jenseits von Regelschulen ermöglicht. In diesen Förderzentren
211 werden alle durch die Kultusministerkonferenz anerkannten Förderschwerpunkte
212 zusammengefasst. Damit stellen sie eine Weiterentwicklung der bestehenden
213 Förderschulen im Zuge der Transformation des Schulsystems dar. Um die Beschulung
214 zu einem späteren Zeitpunkt oder die (Wieder-)Eingliederung in (Regel-)Schulen
215 zu ermöglichen, gilt es, die Durchlässigkeit zwischen den Systemen zu erhöhen
216 und Entwicklung als Prozess anzuerkennen. Außerdem braucht es verstärkte
217 Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Systemen, um den Wechsel zu erleichtern.

218 Da nicht allen Heranwachsenden der Schulbesuch möglich ist, wollen wir zudem die
219 Ausgestaltung der Schulpflicht weiterentwickeln. So erweitern wir das
220 Schulgebäude auf den digitalen Raum und vereinfachen den Besuch von Online-
221 Schulen. Diese Möglichkeit gilt jedoch nur nach gemeinsamer Empfehlung von
222 Ärzt*innen, Schule Jugend- und Schulamt und Zustimmung der Eltern.

223 Im speziellen Fall von langwieriger Abwesenheit diagnostizierter autistischer
224 Schüler*innen sollen den Autismuszentren des Landes vereinfacht Möglichkeiten
225 gegeben werden, Bildungsangebote ersetzend bzw. erweiternd zur Schule zu
226 unterbreiten.